Nr. 81 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 24. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 10.—. Bei Ziffer- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.50, vierteljährlich M. 7.50 ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Der Kampf gegen den Bolschewismus im Ruhrgebiet

Das Reichskabinett in der Abwehr gegen den Radikalismus — Fahndung nach den Hochverrätern — Untersuchung gegen Ludendorff — Fortdauer des Streiks in Schlesien

Von Kapps Zusammenbruch bis in den Radikalismus

Aus Berlin wird uns von einem Politiker geschrieben:

Das Zwischenspiel Kapp-Lüttwitz ist vorüber und man kann vielleicht schon daran gehen, nicht seine Geschichte zu schreiben, aber doch Hergang und Ende sozusagen chronologisch festzuhalten. Ueber die ersten Anfänge müssen wir hier wegen Platzmangels hinweggehen. So über die Kabinettssitzung vom Freitag den 12. — der Admiral v. Trotha hat an ihr übrigens nicht teilgenommen —, in der Noske die ersten Mitteilungen über die Döberitzer Pläne machte, von denen ihm (um der Gerechtigkeit willen muß das festgehalten werden) drei Tage zuvor durch Herrn v. Berger, dem Staatskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Kunde geworden war. Auch über die bewegten Vorgänge der Nacht, in der sich die Situation dann plötzlich sehr schnell zuspitzte, und den Zusammenstoß des Vizekanzlers mit den Herren Kapp und Jagow im Kanzler-Palais, wo Kapp auf Schiffers letzte, bedeutungsvolle Mahnung, Kapp würde die Verantwortung für das von ihm Angerichtete vor der Geschichte und der Mitwelt zu tragen haben, stolz und kühn antwortete: „Ich trage die volle Verantwortung und dieses Hinweises bedurfte es nicht."

Der Stolz und der leichtfertige Uebermut ist dann freilich von Herrn Kapp bald gewichen und die vier oder fünf Tage, die er in der Wilhelmstraße zugebracht hat, bedeuteten für ihn ein ständiges Sinken der Stimmung vom korpsburschenhaften Schneid bis an den Rand der Verzweiflung. Auf diesen inneren Umschwung, der dem äußeren Zusammenbruch des Unternehmens parallel ging, haben drei Momente eingewirkt. Zum ersten der Generalstreik, der von Demokraten und Zentrum immer nur als politischer Volksstreik zur Erreichung eines bestimmten, eng umrissenen Zweckes aufgefaßt worden war. Es war nicht ganz leicht gewesen, ihn anzublasen, die Arbeiterschaft war streikmüde und apathisch und erst allmählich wandelte sich die Lethargie in einen dumpfen Zorn gegen die Gewalthaber. Zum zweiten die Haltung der Unterstaatssekretäre und Ministerialdirektoren aus dem Reich wie in Preußen, die sich über den rechten Weg auch keinen Augenblick im Zweifel waren, und selbst in ihnen, den Parteien der Rechten zuneigenden Vertretern von vornherein jede Unterstützung Kapps und seiner Leute abwiesen. Von dieser Seite ist Herrn Kapp vielleicht der schwerste Schlag gekommen. Herr Kapp hatte drittens, als er sich, als ob es sich um einen Studentenulk handle, in der Nacht zum 13. auf den Weg machte, um Reichsregierung und Reichshauptstadt zu erobern, kein Geld. Und als er an den diensttuenden Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium das Ansinnen stellte, ihm zehn Millionen auszuhändigen, erfuhr er eine glatte Absage. Darauf hat dann der General v. Lüttwitz die Geldbeschaffung in die Hand genommen und dem Kommandeur Ehrhardt von der nach ihm benannten Marinebrigade den Befehl erteilt, diese zehn Millionen mit Hilfe von drei Panzerautos von der Reichsbank zu „requirieren". Herr Ehrhardt hat das mit dem immerhin schönen Wort abgelehnt, er sei kein Räuber und kein Mörder.

Für Herrn Kapp ist das der Moment des seelischen Zusammenbruches gewesen. Er hat den Boden unter seinen Füßen schwanken gefühlt, schon damals — am Montag — das Spiel aufgeben wollen, wurde aber von Personen, die sich im Hintergrund hielten, veranlaßt, den einmal aufgenommenen Kampf fortzusetzen. Dazwischen gingen durch alle diese Tage Verhandlungen hinter den Kulissen. Herr Schiffer, als der Berliner Vertreter der Reichsregierung, hat sie nie geführt, hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, daß bedingungslose Unterwerfung erfolgen müsse, daß er von Herrn v. Lüttwitz keine andere Erklärung entgegennehmen könne, als die von seinem Rücktritt. Aber andere Männer in inoffizieller Stellung bemühten sich, Kapp und Genossen das Verbrecherische und die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens klarzumachen. Herr v. Borsig erschien mit anderen Industriellen bei dem Obersten Bauer in der Reichskanzlei und brachte ihm, offenbar zum erstenmal, eine Ahnung von der wirklichen Situation bei. Auch Parteiführer der Rechten mischten sich ein, unter anderen Herr Stresemann, der anfangs zur gerechten Empörung seines Parteifreundes Heinze einen ganz unverantwortlichen Aufruf herausgehen ließ und den später doch der Katzenjammer befiel. Von diesen Mittlern und Zwischenpersonen wurden einzelne der Akteure an Herrn Schiffer herangebracht. Wieder — um das mit aller Schärfe zu betonen — nicht zu Verhandlungen, sondern damit der Vizekanzler ihnen die Augen öffne und ihnen den ganzen Ernst der Lage, auch die Bedeutung eines länger andauernden Generalstreiks mit seinen notwendigen innen- und außenpolitischen Folgen klarmache.

Der erste, der in solcher Veranlassung zum Vizekanzler kam, war Herr v. Falkenhausen, nebenbei auch der erste, der sich dann von Kapp und Lüttwitz trennte. Er war erschüttert und betonte ein über das andere Mal, er hätte keinerlei amtliche Funktionen übernommen, sei nur ein persönlicher Freund von Kapp, und als solcher, ohne vorher etwas gewußt zu haben, in der Freitagnacht aus dem Bett geholt worden, damit er dem Freunde helfe. Länger ließ Herr Oberst Bauer auf sich warten. Er wünschte anfangs, Herr Schiffer möge sich zu ihm herüber bemühen, und kam dann, nachdem er zuvor den Hauptmann v. Pabst, den General v. Hülsen und andere Wegbereiter geschickt hatte, zuerst am Dienstagabend, hernach ein zweites Mal am Mittwoch früh ins Reichsjustizministerium. Herr Schiffer beharrte bei seiner einzig korrekten Forderung einer bedingungslosen Kapitulation des Generals v. Lüttwitz — Herr Kapp war inzwischen vom Schauplatz bereits abgetreten —, beharrte auf ihr auch vor Herrn v. Lüttwitz, der sich schließlich in Person bemüht hatte. Neue Winkelzüge, neue Ausflüchte. Bis dann zuletzt — und das hatte wohl den Ausschlag gegeben — die Generale eingriffen.

Die Generäle des Reichswehrministeriums — es wird nützlich sein, das festzuhalten — haben sich die ganze Zeit über tadellos benommen. Aber auch in der engeren Gefolgschaft des Generals v. Lüttwitz regte sich der Unmut, wuchs die Erkenntnis dessen, was die Stunde forderte. Der eigene Stabschef des Herrn v. Lüttwitz, ein Oberst Heye, rief ihm zu: „Sie müssen fort!" Der gleichen Meinung waren alle Generale, auch der einst viel getadelte und seither verabschiedete Oberst Reinhardt, der sich übrigens Lüttwitz nicht angeschlossen hatte. Nur einer sprach dagegen: Ludendorff. Aber nun ging man über ihn hinweg, dessen vorsichtiger Aufenthalt in der Hinterfront nachgerade anstößig empfunden wurde. Herr v. Lüttwitz schickte sein Rücktrittsgesuch ins Justizministerium; endlich wurde es von Herrn Schiffer genehmigt, ohne Klausel, ohne Bedingung, ohne Verheißung einer Amnestie. Der Gerechtigkeit soll und wird freier Lauf gelassen werden. Der Oberreichsanwalt hat das Strafverfahren bereits eingeleitet, die Verhaftungen sind im Gange.

Man kann also nicht sagen, daß der Militärputsch allein an dem Generalstreik zusammengebrochen wäre. Um so weniger wird man es verstehen — am allerwenigsten außerhalb des Berliner Dunstkreises —, daß die Gewerkschaften sich an dem Niederringen des Aufstandes nicht genügen lassen mögen und nun drauf und dran sind, an die Stelle der einen bezwungenen Empörung eine andere zu setzen. Von der mäßigenden Einwirkung, die bisher von der alten Sozialdemokratie ausging, ist kaum noch etwas zu spüren. Es scheint fast, als ob sie, zum mindesten was Berlin und den Westen angeht, restlos vor den schärferen Brüdern unabhängiger und kommunistischer Färbung kapituliert hat. In den ersten Verhandlungen, die auf alle nicht sozialdemokratischen Teilnehmer einen schlechthin abstoßenden Eindruck gemacht haben, hat Herr Legien mit der Einsetzung einer andern Regierung gedroht. Der Pakt, der in der letzten Freitagnacht geschlossen wurde, wird nicht für bindend erachtet, wodurch freilich auch den andern die Hände frei werden. Die Mehrheitssozialdemokratie fordert zwar heute in Aufrufen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, die Unabhängigen aber desavouieren ihre Führer und wollen die Entscheidung in die Hände wilder Betriebsräte legen, die am vergangenen Sonntag gewählt werden sollten. Drei Herde der Empörung gibt es zur Zeit: den ersten in Mecklenburg-Pommern, den zweiten in Sachsen-Thüringen, den dritten im Westen, wo die Kommunisten zusammen mit den Unabhängigen, manchmal auch mit den Sozialdemokraten und selbst mit Arbeitern aus Zentrumsgebiet das Heft in der Hand haben, wo zwar noch gearbeitet wird, aber die ganze Bevölkerung bewaffnet ist (zwei Batterien und ein Panzerzug sind verschwunden).

Die Frage wird laut: War es überhaupt richtig, nachdem man sach- und sinngemäße Verhandlungen mit den Aufrührern von rechts abgewiesen hatte, solche mit den unter dem Druck der Straße stehenden Berlinern zu führen? Wie kommt z. B. der bei Vernunft und Sinnen gebliebene deutsche Süden dazu, dem Großmannskitzel der Berliner Arbeiterführer einen Siegespreis dafür zu zahlen, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit taten und Verfassung und Regierung stützen halfen? Es ist ja unzweifelhaft richtig, daß die hetzerische Agitation der Rechten und die politische Einsichtslosigkeit weiter Schichten des deutschen Bürgertums erst die Atmosphäre schufen, in der das Unternehmen der Kapp und Genossen entstehen konnte. Aber alle rückschauenden Betrachtungen und noch so gerechtfertigte Bußpredigten befreien uns selber nicht von dem Ernst und der Not dieser und der kommenden Stunden.

*

Das Gefecht bei Adlershof

In Adlershof ist es am Sonnabend zu schweren Kämpfen zwischen Reichswehrtruppen und Aufrührern gekommen. Das D.-Z.-Bureau meldet hierzu: Zwischen Adlershof und Altglienicke befindet sich ein großes Benzollager, das von einem Offizier und 20 Mann bewacht wurde. Am Sonnabend vormittag rückten Aufrührer, die aus Adlershof, Köpenick und Niederschöneweide gekommen waren, auf das Benzollager los und stellten der Besatzung ein Ultimatum, abzurücken. Der Offizier lehnte dies ab und betonte, daß er im Auftrage der alten Regierung auf seinem Posten ausharren würde. Gegen Mittag eröffneten die Aufrührer das Feuer auf die Besatzung, die sich tapfer wehrte. Schließlich, als die Besatzung auf den Offizier und vier Mann zusammengeschmolzen war, mußte sie sich ergeben. Flieger, die den Zusammenstoß beobachtet hatten, riefen Militär herbei, das auf einem Panzerzuge von fünf Autos schließlich heranrollte. Die Aufrührer zogen sich nach Adlershof zurück und nunmehr kam es zu schweren Straßenkämpfen, die sich bis zum Abend ausdehnten. Die Truppe zog darauf weiter nach Köpenick, zerstörte unterwegs die auf der Chaussee errichteten Barrikaden und stellte auch in Köpenick die Ruhe wieder her.

*

Ein abgewiesener Angriff bei Hennigsdorf

Das D.-Z.-Bureau meldet: Nördlich von Spandau kam es bei dem Dorfe Hennigsdorf, wo die A. E.-G. große Fabriken hat, zu einem schweren Kampfe zwischen Reichswehrtruppen und Aufrührern. Es waren starke Banden aus der Gegend von Velten, gut ausgerüstet mit Maschinengewehren, gemeldet worden. Sie hatten das Dorf Bötzow geplündert. Bei Hennigsdorf stießen sie auf eine von Spandau herbeigerufene Kompagnie Reichswehr, die sich aber wegen der Uebermacht einstweilen zurückziehen mußte. Nach Eintreffen von Verstärkungen wurde mit Artillerievorbereitung ein planmäßiger umfassender Angriff auf den Ort Hennigsdorf unternommen. Es entwickelte sich dann ein heftiger Häuserkampf. Schließlich mußten die Aufrührer unter Zurücklassung von vierzehn Toten, vielen Verwundeten und vielen Waffen den Ort verlassen. Auf seiten der Reichswehrtruppen gab es zwei Tote und zwölf Verwundete. Die Verfolgung nach Velten zu schreitet fort. Die Brücken über die Havel nach Berlin sind von Reichswehr besetzt.

*

Rückkehr der Ruhe in Berlin

⊕ Berlin, 23. März. (Eig. Drahtbericht.) Die letzte Nacht ist verhältnismäßig ruhig in Berlin verlaufen. Gestern abend wurden umfangreiche Absperrungen im Westen am Kurfürstendamm und bei Halensee getroffen, ohne daß der Grund dieser auffallenden militärischen Maßnahme zu erfahren war. Die Zeitungen sind gestern abend und heute früh noch nicht erschienen. Die Straßenbahn und Hochbahn verkehren noch nicht. In Lichtenberg sind Regierungstruppen eingerückt. Auch Spandau ist von zuverlässigen Formationen der Reichswehr besetzt worden. Im Reichstagsgebäude fand gestern abend die erste Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten statt. In der Mittwochssitzung der Nationalversammlung wird Reichskanzler Bauer Erklärungen zur innerpolitischen Lage abgeben.

Die völlige Zerrüttung des Groß-Berliner Wirtschaftslebens hält noch an. Die Arbeit in den Fabriken ist nur zum Teil aufgenommen. Die Eisenbahner und die Postangestellten sind gestern vollzählig zum Dienst erschienen. In den Privatbetrieben arbeiten aber bisher erst etwa 20 bis 25 Prozent der Arbeiterschaft.

Die allgemeine Lage

+ Berlin, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach abermaligen Besprechungen mit den Fraktionsführern ist das erneute Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Noske gestern abend angenommen worden. Dazu wird uns weiter mitgeteilt:

In den Kreisen der Mehrheitsparteien fand eine Besprechung statt. Es wird angenommen, daß heute Dienstag mittag der Aeltestenausschuß zusammentreten wird. Es haben über den Rücktritt Noskes in der sozialdemokratischen Fraktion sehr ernste Auseinandersetzungen stattgefunden. Das Reichskabinett trat nachmittags um 4 Uhr in der Wohnung des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichspräsident Ebert teilnahm. In dieser Sitzung wurden wiederum neue Forderungen der radikalen Arbeiterschaft überreicht. Wie wir aus zuverlässiger parlamentarischer Quelle dazu erfahren, hat die Unabhängige Sozialdemokratie es grundsätzlich abgelehnt, sich an der Neubildung des Reichskabinetts in irgendeiner Form zu beteiligen. Bei der Berliner Zentralleitung der Gewerkschaften besteht die Absicht, einen Versuch zur Bildung einer Arbeiterregierung zu unternehmen. Der Versuch der Internationalen sozialistischen Kommission, die während der schwarzen Woche in Berlin weilte, Einigungsverhandlungen zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen, ist gescheitert. Huysmans selbst hat sich bei maßgebenden Persönlichkeiten der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen bemüht, jedoch ohne Erfolg, und zwar vornehmlich infolge der entschiedenen Weigerung der Unabhängigen.

Noske hatte nach seiner Rückkehr aus Stuttgart in Berlin Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung. Hierbei stieß er auf erheblichen Widerstand, so daß er seinerseits seinen Entschluß kundgab, das Amt des Reichswehrministers auf keinen Fall weiterzuführen. In den Kreisen des Reichskabinetts wächst der Mißmut über die uferlosen Forderungen der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Man ist überzeugt, daß eine Politik praktisch undenkbar ist, die darauf hinausläuft, von Woche zu Woche neue Forderungen der verschiedenen Arbeiterkategorien in die Tat umzusetzen. Augenblicklich steht es fest, daß mit Ausnahme von Groß-Berlin in fast sämtlichen Gebieten Deutschlands ein Nachgeben in der Frage des Streikabbruches unter Erfüllung der von den Gewerkschaften gestellten weitgehenden Bedingungen nicht verstanden werden würde. Und damit steigt die Gefahr eines Rücktritts sämtlicher Mitglieder des Mehrheitskabinetts. In welcher Form dann ein Ersatz geschaffen werden könnte, läßt sich im Augenblick nicht übersehen.

Was den Einfluß der Unabhängigen auf die Arbeiterschaft in der Frage des Streikabbruchs betrifft, so können wir feststellen, daß die Stellungnahme der Unabhängigen fast ausschließlich durch politische Gesichtspunkte bedingt ist. Man vertritt den Standpunkt, daß die augenblicklich von den Unabhängigen und Kommunisten im Rheinland, in Westfalen und Thüringen erhaltenen Positionen nicht aufgegeben werden dürften. Es wäre gewissermaßen ein „[illegible]" für die Unabhängigen und Kommunisten in den genannten Gebieten, wenn jetzt der Streik in Berlin abgebrochen würde. Auch bestände dann die Gefahr, daß die in Berlin freiwerdenden Truppen gegen die Aufständischen im Reiche mobil gemacht würden. Aus diesem Grunde suchen die Berliner Radikalen die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft in Groß-Berlin mit allerhand künstlichen Mitteln zu steigern und sie zu extremen Forderungen zu bringen, die mit dem ursprünglichen Zweck des Generalstreiks nicht das geringste mehr zu tun haben. Die Verhandlungen mit den Berliner Gewerkschaften stehen in einem kritischen Stadium, in dem jede Voraussage unzweckmäßig wäre.

Die Nationalversammlung tritt also Mittwoch zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich gestern bereits mit der politischen Lage in einer eingehenden Aussprache der in Berlin eingetroffenen Mitglieder befaßt. Im großen und ganzen war die Meinung vorherrschend, daß ein weiteres Nachgeben gegenüber den Forderungen der Gewerkschaft der Reichseinheit zum Schaden gereichen würde, und daß infolgedessen nicht daran gedacht werden dürfe, jetzt ein Experiment wie das einer Arbeiterregierung zu unternehmen.

Die Anarchie im Westen

Die Gewitterwolke, die jetzt am schwersten noch über Deutschland droht, steht im Westen über dem Ruhrgebiet. Was sonst noch gegenwärtig im Reiche an Verwirrungen und Spannungen besteht, in Schlesien, Norddeutschland, Thüringen, erscheint gegen diese Gefahr aus dem Westen geringfügig und dürfte sich aller Voraussicht nach auch bald lösen lassen. Aber im Industriegebiet an der Ruhr scheinen schwere Konflikte unvermeidlich, die um so folgenreicher sein würden, je näher sie sich vor den Augen der Entente abspielten, sozusagen im Schußbereich der alliierten Besatzungstruppen. Die bis jetzt vorliegenden Meldungen über die Lage lassen sich wegen der Absperrung des ganzen Industriegebiets und der von den dortigen Machthabern ausgeübten strengen Zensur natürlich nicht nachprüfen. Aber sie stimmen darin überein, daß der ganze Bezirk in den Händen der Kommunisten ist, die die Truppen bis hinter die Ruhr und Lippe zurückgedrängt haben. Im besetzten Gebiet marschieren Reichswehrformationen auf, um geordnete Zustände herbeizuführen. Schwere Kämpfe drohen. Die Reichsregierung hat, wie wir gestern schon mitteilten, den

Minister Giesberts als Vermittler

in das gefährdete Gebiet gesandt. Wir geben die vorliegenden Meldungen wieder:

+ Berlin, 23. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichspostminister Giesberts ist gestern in einem Sonderzug in das Industriegebiet gefahren, um im Auftrage der Reichsregierung zu versuchen, die furchtbaren Kämpfe, die zwischen den bewaffneten Arbeitern des Kohlenreviers und der Reichswehr bevorstehen, noch möglichst durch seine Vermittlungstätigkeit zu verhindern.

⊕ Dortmund, 23. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Ruhrrevier ist am Montag der Fernsprechverkehr mit dem übrigen Reich wieder freigegeben worden. Die Gespräche werden jedoch überwacht. Alle Zeitungen erscheinen nur unter Zensur. Wie die „Berner Zeitung" meldet, ist die Lage im Ruhrrevier äußerst ernst, da keine Lebensmittelzufuhr mehr erfolgt und manche Stadtgemeinden nur noch für zwei Tage Vorräte haben.

Ein Lagebericht des kommunistischen Vollzugsrats in Essen, der vom D.-Z.-Bureau weitergegeben wird, enthält folgende Angaben: Das gesamte Industriegebiet befindet sich in den Händen der revolutionären Arbeiter. Die Rote Armee, die mindestens 50 000- bis 60 000 Mann stark ist, befindet sich im siegreichen Vormarsche auf Wesel, wo sich die letzten Reichswehrtruppen festgesetzt haben. — Das „Ruhr-Echo" meldet: „Der linke Flügel der Front der Roten Armee erstreckt sich von Dinslaken über Haltern nach Dorsten. Auf diesem Frontteile finden gegenwärtig noch heftige Kämpfe statt. Walsum und Dorsten sind von der Roten Armee genommen und 600 Gefangene gemacht worden. Der allgemeine Vormarsch vollzieht sich in der Richtung auf Wesel. In der Nähe Halterns wurde ein von Münster ins Ruhrgebiet entsandter Panzerzug zum Stehen gebracht, indem das Bahngleis vor und hinter dem Zuge gesprengt wurde. Auf dem Frontabschnitte zwischen Dorsten und Dortmund herrscht Ruhe. Die allgemeine militärische Lage ist für die revolutionären Truppen günstig. Aus den Kämpfen am Sonnabend mit dem Mühlheimer Freikorps Schulz wurden als Beute bisher eingebracht: 8 Geschütze, 6 Minenwerfer, 3000 Gewehre, 20 000 Schuß Munition, 200 Pferde, 300 Lanzen und viel Bagage. Die Einlieferung der Beute dauert an."

Diese Vorgänge haben natürlicherweise zu einer

Beunruhigung Frankreichs

geführt, das allerhand Gefahren wittert. Der „Temps" macht darauf aufmerksam, daß es eine Gruppe in der Kommunistischen Partei Deutschlands (Laufenberg, Wolffheim) gebe, die ähnlich wie Radek den Volkskrieg gegen die Entente predige. Er fragt, ob der englische Generalstab genügend Vorbereitungen gegen die Gefahr getroffen habe, die vor den Toren stehe. Die Lage sei heute wesentlich anders als vor acht Tagen. Es gebe heute in Deutschland einen politischen Staat mit Erzberger (?) und einen gewerkschaftlichen mit Legien an der Spitze. Es gebe ein vernünftiges und ein verrücktes (!) Deutschland. Das verrückte Deutschland sei bolschewistisch. Einen besonders guten Anblick böten die süddeutschen Staaten, deren Betragen der „Temps" als tadellos bezeichnete, da sie weder an ein bolschewistisches noch ein monarchisches Machtbereich denken. — Es dürfte nicht schwer fallen, die Bedeutung dieser sehr vorsichtigen Worte des „Temps" zu enträtseln.

Die Absichten Frankreichs, seine Grenzen bis an den Rhein vorzuschieben, sind von uns schon genügend